

BastA!

Basels starke Alternative

RENTEN SICHERN

FÜR EINE GERECHTE RENTE BRAUCHT ES DIE 13. AHV



Das neue Jahr beginnt mit zwei für BastA! entscheidenden Abstimmungen zur AHV. Während die Renteninitiative der Jungfreisinnigen eine überholte Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre (zusätzlich gekoppelt an die Lebenserwartung) vorschlägt, setzt sich die Initiative „Für ein besseres Leben im Alter (13xAHV)“ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für eine 13. AHV-Rente ein. Die Abstimmung findet am 3. März 2024 statt, und wir haben die Möglichkeit, sie zu gewinnen!

DIE 13. AHV-RENTE ALS NOTWENDIGKEIT:

Für Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet und in die AHV einge-

zahlt haben, sollte eine armutsfeste Rente selbstverständlich sein. Dennoch ist das Problem der Altersarmut akut: Laut Bundesamt für Statistik gehörten Rentner:innen bereits im Jahr 2020, vor der Preisaufwärtsspirale, zu den ärmsten Altersgruppen der Schweiz. 15,6% der Personen ab 65 Jahren hatten kaum finanzielle Reserven, 8,7% kämpften mit den nötigsten Ausgaben, und 11,3% konnten unvorhergesehene Ausgaben ab 2500 Franken nicht bewältigen.

Die 13. AHV-Rente ist daher keineswegs ein Luxus, sondern gleicht lediglich den erheblichen Kaufkraftverlust der vergangenen Jahre aus – und das für alle gegenwärtigen und zu
weiter auf Seite 2

POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal



INKLUSION & BEHINDERTEN- PARLAMENT



SAUBERES TRINKWASSER: MAIENBÜHLINITIATIVE



DAS NEUE GLEICHSTEL- LUNGS-GESETZ

07. Februar, 19:30 Uhr
Buchlesung „Geflohen Verboten Ausgeschlossen“ mit Alexander Glasner-Hummel, Buch.Kultur im Labyrinth (extern)
09. Februar, 19:00 Uhr
Jassabend im Männerbüro, Davidsbodenstrasse 25, 4056 Basel
29. Februar, 19:00 Uhr
Koordination, BastA! Sekretariat
03. März
Abstimmung: Mehr Infos S. 7
18. März, 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung
18. April, 19:00 Uhr
Jahresversammlung
25. April, 19:00 Uhr
Was tut die Wirtschaft: global und regional, Cheesmeyer-Bistro, Hauptstrasse 55, Sissach (extern)
18. April, 19:00 Uhr
Jahresversammlung
26. April, 19:00 Uhr
Jassabend

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen Parolenfassungen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.
<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 01/2024
 Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Anne-Lise Hilty, Till Kleisli
 Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier
 Auflage: 1200 Druck: Rumzeis Basel
 Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
 E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch
 Telefon: 061 / 691 16 31
 Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

künftigen Rentnerinnen und Rentner. Obwohl die AHV als erste Säule der Altersvorsorge an die Teuerung angepasst wird, berücksichtigt sie nicht die gestiegenen Krankenkassenprämien und andere wachsende Kosten. Diese zusätzlichen Ausgaben belasten Menschen mit niedrigerer Rente enorm, und viele Rentnerinnen und Rentner haben am Ende des Monats immer weniger oder gar kein Geld mehr im Portemonnaie.

Altersarmut in der Schweiz ist weiblich. Noch immer erhalten Frauen rund ein Drittel weniger Rente als Männer (19'000 Franken weniger pro Jahr). Die 13. AHV-Rente ist daher besonders wichtig für Frauen, da sie die einzige Einkommensquelle ist. Denn nur in der AHV sind alle versichert. Und nur in der AHV gibt es für unbezahlte Betreuungs- und Sorgearbeit eine Rente. Die Betreuungs- und Erziehungsgutschriften der AHV verringern die Rentenlücke. Ein Kind grosszuziehen, erhöht beispielsweise die monatliche AHV-Rente um bis zu 350 Franken pro Monat.

AUSGLEICH VON VERLUSTEN UND FINANZIERBARKEIT:

Die 13. AHV-Rente würde nicht nur den Kaufkraftverlust ausgleichen, sondern auch den Rückgang bei den Pensionskassen mildern. Die zweite Säule hat keinen obligatorischen Teuerungsausgleich, und Neurentnerinnen und Neurentner erhalten im Vergleich zu früher immer weniger Rente für ihre einbezahlten Pensionskassenbeiträge, da das Alterskapital an den Finanzmärkten weniger Ertrag abwirft.

Finanziell ist die 13. AHV-Rente tragbar und sogar die fairste Lösung. Frühere Prognosen von Milliardendefiziten in der AHV haben sich nicht bewahrheitet. Die UBS sprach im Jahr 2019 von kommenden Defiziten in Billionenhöhe. Banken, Versicherungen und deren Lobbyist*innen in den bürgerlichen Parteien im Bundeshaus schüren seit Jahren Panik. Doch bis heute haben sich diese Angstskizzen nicht bewahrheitet. Der Bundesrat musste seine Berechnungsmodelle revidieren. Gemäss den offiziellen Finanzperspektiven wird die AHV im

Jahr 2026 einen Überschuss von 3,5 Milliarden Franken verzeichnen. Die Reserven der AHV sind in den letzten Jahren sogar auf 50 Milliarden angewachsen und sollen voraussichtlich bis zum Ende des Jahrzehnts auf 70 Milliarden Franken steigen. Zusätzlich soll die 13. AHV-Rente langfristig durch ein zusätzliches Lohnprozent von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern finanziert werden.

SOLIDARITÄT DER AHV UND ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN:

Die AHV ist die solidarischste aller Altersvorsorgelösungen, da sie jährlich Milliarden Franken von Vermögenden zu Normal- und Geringverdienenden umverteilt. 90 Prozent aller Versicherten erhalten mehr Geld aus der AHV, als sie eingezahlt haben, da die Grossverdienenden mehr einzahlen, während ihre Rentenauszahlung gedeckelt ist.

Die Initiative sieht vor, dass auch Bezüger*innen von Ergänzungsleistungen eine Rentenerhöhung erhalten, um ihre Lebensqualität zu verbessern. Allerdings sind Ergänzungsleistungen keine umfassende Lösung für das Rentenproblem. Die 13. AHV-Rente ist notwendig, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmende nach einem langen Erwerbsleben eine Rente erhalten, von der sie anständig leben können.

NOCH LÄNGER ARBEITEN - TOTAL UNNÖTIG!

Die sogenannte Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die eine Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre für alle vorsieht, lehnt BastA! ab. Dieser Schritt würde insbesondere Normalverdienende benachteiligen, da sie gezwungen wären, länger zu arbeiten und mit reduzierten Renten auszukommen. Besonders problematisch ist, dass diese radikale Initiative Frühpensionierungen in anspruchsvollen Berufen gefährden könnte. Anstatt Menschen in körperlich anstrengenden und oft schlechter entlohnten Berufen zu unterstützen, würde die Initiative dazu führen, dass die Frühpensionierung zu einem Privileg für Topverdiener wird. Zudem würde die Initiative Unsicherheit und Arbeitslosigkeit schaffen, insbesondere für Menschen über 55, die bereits heute

auf dem Arbeitsmarkt mit schlechten Chancen konfrontiert sind.

LASS WIR UNS NICHTS VON DER FINANZLOBBY EINREDEN!

Aufgrund der weiterhin sehr hohen Zustimmung für die 13. AHV-Rente in den letzten Umfragen, die weit über das links abstimmende Lager hinausgeht, investieren die Gegner der 13. AHV-Rente 3.55 Millionen Franken in ihre Kampagne. Allen voran die Vermögenden, die Banken und die Versicherungen. Seit Jahrzehnten machen sie mit teuren Werbekampagnen Stimmung gegen die AHV. Der Grund liegt auf der Hand: Die Finanzindustrie verdient an der AHV keinen Fran-

ken – anders als an ihren lukrativen 3.-Säule-Finanzprodukten. Lassen wir uns nicht einreden, dass die 13. AHV-Rente nicht finanzierbar wäre und wir noch länger arbeiten sollten und geben in den kommenden Wochen alles, um diese wegweisende Abstimmung zu gewinnen!



Sina Deiss, Co-Präsidentin

Jetzt mit
TWINT
spenden



2023 – EIN WICHTIGES JAHR FÜR DIE INKLUSION

Volles Programm: Am 24. März fand die erste Behindertensession statt. Am 27. April folgte der Start der Inklusions-Initiative. Anfang Mai wurden in einem festlichen Event auf dem Bundesplatz die Petitionen der Behindertensession feierlich übergeben.

Und am Vortag des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung fand am 2. Dezember das erste Basler Behindertenparlament statt.

Eine kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Wettbewerbs- und Verwertungslogik tut sich schwer mit dem Gedanken der Inklusion.

Die volle Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr ist noch längst nicht umgesetzt. Heute am 1. Januar 2024, wo ich diese Zeilen schreibe, hätte sie laut Gesetz erreicht sein sollen.

Erst 60 % aller Bahnhöfe sind heute barrierefrei. Bei den Bus- und Tramstationen sind es sogar nur etwas über 30 %, die den Vorgaben des Behindertengleichstellungsgesetz (BehigG) entsprechen. Das Gesetz trat am 1. Januar 2004 in Kraft. Die Betreiber hätten also zwanzig Jahre Zeit gehabt für die Umsetzung. Der Verzug wird mit den hohen Kosten begründet. Oder anders ausgedrückt: Es ist halt zu teuer.



Quelle: <https://wecollect.ch/projekte/inklusions-initiative>

Das Denken in Kosten und Nutzen und die Neigung alles zur Ware zu machen haben eine regelrechte Behindertenindustrie entstehen lassen. Statt selbständiges Wohnen zu fördern, leben Menschen mit einer Behinderung oft in Wohnheimen. Statt individuelle Lösungen zu suchen, werden Arbeitsplätze in Behindertenwerkstätten angeboten. Ein ganzer Sektor für Exklusion ist entstanden in dem die einzelnen Institutionen in Konkurrenz zueinanderstehen.

Auch bei der Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK)

bekommt die Schweiz kein gutes Zeugnis. Die Konvention ist bei uns seit 2014 in Kraft. Unter Federführung der Dachorganisation Inclusion Handicap wird die Umsetzung kritisch von den Behindertenorganisationen verfolgt und in einem Schattenbericht festgehalten. Die Analyse zeigt, dass eine klare Strategie fehlt. Gesetze werden zu wenig auf ihre Kompatibilität mit der UNO-BRK überprüft und ohne die Beteiligung von Menschen mit Behinderung erlassen.

BEHINDERTENSESSION

Weil jedes Gesetz zur Umsetzung auch

den politischen Willen und die Sensibilisierung der Bevölkerung braucht, war es ein Meilenstein in der Geschichte der Inklusion, als die erste Behindertensession einberufen wurde. Die 44 für die Session gewählten Abgeordneten entsprechen 22% der Nationalratssitze. Dies entspricht statistisch dem Anteil von Menschen mit Behinderung in der Schweiz. «Warum können wir nicht entscheiden, wann wir am Morgen aufstehen wollen und wo wir wohnen möchten?» «Nicht über uns, sondern mit uns». Das waren häufige Fragen und Forderungen.

Auch der erleichterte Zugang zum politischen Leben, ja überhaupt die Möglichkeit abstimmen zu können, ist ein Thema. Erst in wenigen Kantonen dürfen Menschen mit geistiger oder psychischer Behinderung überhaupt abstimmen, ein klarer Verstoß gegen die UNO-BRK.

Am Abend der Behindertensession fand auf SRF eine «Arena» Sendung statt: Thema war die Vision einer gelebten Gleichbehandlung und Selbstbestimmung der 1.8 Millionen Menschen mit Behinderungen, die in der Schweiz leben. Zum ersten Mal in der Fernsehgeschichte waren in der Haupttrunde des Polittalks ausschliesslich Menschen mit Behinderungen vertreten.

INKLUSIONS-INITIATIVE

Die Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen muss in die Verfassung. Die Bundesverfassung soll geändert werden mit einem neuen Artikel: In allen Lebensbereichen sollen Menschen mit Behinderung mit Menschen ohne Behinderung gleichgestellt werden. Insbesondere wird explizit das Recht auf personelle und technische Assistenz und das Recht, die Wohnform und den

Wohnort frei zu wählen, aufgeführt. Mit der Änderung der Bundesverfassung bekommt der Gesetzgeber den Auftrag, die Gleichstellung sicherzustellen und die Diskriminierung zu beenden. Die Unterschriftensammlung läuft gut, Stand heute etwas über 80'000 Unterschriften. Dies ist vor allem den Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen zu verdanken.



Von Andreas Suter und Patrick Vögelin

BERICHT AUS DEM BEHINDERTENPARLAMENT BEIDER BASEL

Das spannende war schon die Arbeit in der Vorbereitungsgruppe, in der schon viele spannende Diskussionen stattfanden.

Es war für mich schon ein spezieller Moment dort zu sitzen, wo politische Entscheide getroffen werden. Vor allem wenn man in den Grossratsaal hineinkommt, wirkt es, als wäre man in einer anderen Welt. Dementsprechend waren alle nervös, ich inklusive. Die Nervosität verflog langsam, als dann der Grossratspräsident eine Begrüßungsrede hielt. Da dachte ich, ich werde jetzt Dinge hören, die ich kenne, war aber überrascht, dass vieles zur Sprache kam, das ich mir nie hätte vorstellen können oder – besser gesagt – über das ich nie nachgedacht hatte. Zum Beispiel, wenn ein Gehörloser eine Wohnung online sucht.



Foto: Benjamin Plüss, Behindertenforum

In der Resolution haben wir die Forderung aufgestellt, dass Menschen mit einer Hörbehinderung besser in diese Themen einzubeziehen sind. Allgemein im Wohnbereich wird nicht hindernisfrei gedacht und das muss sich ändern. Die altbekannten Probleme wie Zugang zum

ÖV, hindernisfreie Trottoirs, Rollstuhl WC, Arbeit und Bildung, Gesundheit und Kommunikation sowie politische Teilhabe wurden ebenfalls in dieser Diskussion debattiert. Es gab auch spannende Gespräche ausserhalb des Parlamentes, die mir auch in vielen Dingen die Augen geöffnet haben. Es gibt so viele

verschiedene Behinderungen mit unterschiedlichen Anliegen.

Ich würde es sinnvoll finden, wenn dies nächstes Jahr wiederholt wird.

Patrick Vögelin, Vorstand BastA!

«GIVE US A BREAK! ARBEITERMILIEU UND DESIGNSZENE IM AUFBRUCH» VON PAOLA DE MARTIN

Paola De Martin wurde 1965 in Zürich als Kind von Saisoniers¹ geboren. Für diese galt das verfassungsmässig garantierte Menschenrecht auf ein Zusammenleben der Familie nicht. Die Mutter brachte ihre drei Monate alte Tochter deshalb nach Italien in die Obhut der Familie ihres Bruders. Sie selber arbeitete wie ihr Mann als Saisonier und blieb in der Schweiz. Nach ein paar Jahren erhielten die Eltern einen Aufenthaltsstatus, der ihnen den Familiennachzug erlaubte. Paola kam zurück in die Schweiz und ging hier zur Schule, die sie mit der Matur abschloss.

SOZIALER AUFSTIEG

Nach ihrer Erstausbildung zur Primarlehrerin studierte Paola De Martin Textildesign, später Geschichte. Die gesellschaftliche Bedeutung dieses scheinbar persönlichen Aufstiegs hat sie in ihrem Buch «Give us a break! Arbeitermilieu und Designszene im Aufbruch» beschrieben und verarbeitet. Ihre Dissertation ist eine Untersuchung der Zusammenhänge von sozialer Herkunft und Design. Dabei spiegelt De Martin ihre eigenen Erfahrungen sowie die anderer Personen mit Migrationshintergrund in zahlreichen Gesprächen mit Kulturschaffenden und reflektiert sie anhand der Literatur zu Designgeschichte und Soziologie. Vor Kurzem wurde sie als Postdoc an die ETH Zürich ins Departement Architektur gewählt. Das ist auch eine Anerkennung ihres Ansatzes, der die Klassenfrage in Zeiten des reflexiven Kapitalismus oder des «Wissenskapitalismus» mit Migration, Menschenrechten, Familienpolitik und Erinnerungskultur als dichtes Gewebe versteht.

ZUGEHÖRIGKEIT – NICHT-ZUGEHÖRIGKEIT

De Martins 500 Seiten starke Forschungsarbeit umfasst – mit Zürich im Fokus – den Zeitraum von den 1970er Jahren bis in die Gegenwart. Diese Zeit ist geprägt von einem massiven und



Quelle: <https://www.gendercampus.ch/en/blog/post/give-us-a-break-arbeitermilieu-und-designszene-im-aufbruch-von-paola-de-martin>

keineswegs abgeschlossenen Wandel der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen. Der Kapitalismus schien nun alternativlos, Globalisierung und Neoliberalismus mit Deregulierung und Privatisierung dominieren. Auf der persönlichen Ebene sind die gegensätzlichen Erfahrungen De Martins während ihres Studiums von Textildesign an der Zürcher Hochschule der Künste, später als Textil- und Modemacherin ausschlaggebend. Sie fühlte sich diesem Umfeld beruflich zugehörig, aber gleichzeitig nicht-zugehörig aufgrund ihrer sozialen Herkunft aus einem bildungsfernen Arbeitermilieu. Zudem konnte sie nirgendwo über diese Erfahrungen sprechen, es schien nicht einmal eine Sprache dafür zu bestehen. Sie hatte den Eindruck, dass machtvolle Strukturen hinter der kollektiven Verschwiegenheit standen. Dem wollte sie auf den Grund gehen und fand das nötige Werkzeug zunächst im Konzept des Habitusbruchs von Pierre Bourdieu.

HABITUSBRUCH

Das Milieu unserer Herkunft prägt unser Verständnis der Welt, unser Verhalten und unsere Beziehungen; es ist der Kompass in unserem Leben, häufig ohne dass wir uns dessen bewusst sind. Dabei gewöhnen wir uns an Ungleichheiten und nehmen sie als «selbstverständlich» hin. Ein sozialer Aufstieg kann den Verlust unserer Orientierung und damit Scham, Schuld, Wut oder auch Dankbarkeit zur Folge haben.

Paola De Martin hat sich zum Ziel gesetzt, eine Bresche in das allgemeine Schweigen zu schlagen. Das bedeutete insbesondere zuzuhören. Sie führte Interviews mit drei Gestaltern und zwei Gestalterinnen und liess sich selber von einer Soziologin interviewen. Drei der Biografien, darunter ihre eigene, werden ausführlich präsentiert, drei weitere sind kürzer und werden an passenden Stellen eingeflochten. Sie werden ergänzt mit sorgfältig ausgewählten Bildern aus Familienalben, TV-

Serien und Werbung sowie Auszügen aus Literatur und Liedern. Das alles bildet den «Rohstoff» für ihre umfassende Analyse. «Give us a break!» – auch ein Begriff aus Bourdieus Werkzeugkasten – soll uns eine Denkpause verschaffen, nicht um aufzuhören, sondern um weiter zuzuhören, zu hinterfragen, zu forschen, das Schweigen zu brechen und nicht zuletzt: weiter politisch aktiv zu sein (s.a. Kasten).

Anne-Lise Hilty

¹ Das Saisonierstatut aus dem Jahre 1931 wurde 2002 wurde mit dem Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU abgeschafft. Die Einführung eines neuen Saisonierstatuts wurde vom Nationalrat 2004 abgelehnt.

Paola De Martin: Give us a break! Arbeitermilieu und Designszene im Aufbruch; Diaphanes Verlag; Zürich 2022; 504 Seiten; Preis zwischen Fr. 40.– und Fr. 56.–. Das Buch kann auch kostenlos unter dem Link des Verlags <https://diaphanes.net/titel/give-us-a-break-7068> heruntergeladen werden.



DER VEREIN TESORO

Zusammen mit andern migrantischen Familienmitgliedern und nicht-migrantischen Verbündeten gründete Paola De Martin 2021 den Verein Tesoro. Dieser widmet sich der Aufarbeitung des Leids illegalisierter migrantischer Familien mit dem Status als Saisoniers und Jahresaufenthalter*innen (A- und B-Status). Dabei beruft er sich auf Artikel 14 der Schweizer Bundesverfassung: «Das Recht auf Ehe und Familie ist gewährleistet.» Von diesem Recht waren Saisoniers und zum Teil auch Jahresaufenthalter*innen ausgeschlossen. Der Verein fordert von der offiziellen Schweiz Anerkennung und Entschuldigung, historische Aufarbeitung und angemessene finanzielle Entschädigung für das Leid dieser Familien.

www.tesoro2021.ch

JA ZUR MAIENBÜHLINITIATIVE

Am 3. März gilt's ernst!

Seit Jahren streiten sich die politischen Gremien Riehens über die Deponie Maienbühl, in der auch toxischer Chemiemüll vor sich hin modert. Jetzt entscheiden die Stimmenden von Riehen darüber, ob eine Vorlage zu allfälligen Massnahmen ausgearbeitet wird, über die dann wieder ein Plebiszit entschieden wird. Ein Riehener Sonderfall!

Auf der Grenze zu Deutschland, oberhalb der Quellen Riehens, befand sich ein grosser Steinbruch: In der Schweiz hiess er «Maienbühl», auf Inzlinger Boden «Auf Mönnden». Von 1932 bis Ende der 1970er Jahre wurde er mit unterschiedlichsten Abfällen gefüllt.

Bis Ende 2017 wurde die Deponie Maienbühl durch das Amt für Umwelt und Energie (AUE) Basel-Stadt altlastenrechtlich überwacht. Aufgrund der Messresultate bei den gesuchten Stoffen wurde die Grundwasserüberwachung dann eingestellt. Weil die Hintere Auquelle durch Stoffe verunreinigt war, die aus dem Deponiekörper Maienbühl stammen, beschloss der Gemeinderat Riehen im Sommer 2020, das Verfahren zur Aufhebung der Grundwasserschutzzone bei der Hinteren Auquelle in die

Wege zu leiten. Die Vordere Auquelle hingegen, die auch im Abstrombereich des Maienbühls liegt, speist weiterhin die Riehener Brunnen.

Der Entscheid des Gemeinderats irritierte. Deshalb reichten Paul Spring und Konsorten am 16. Juni 2021 im Einwohnererrat Riehen eine Motion betreffend Deponie Maienbühl und Reservat Autorial ein. Am 22. September 2021 wurde sie mit Stichentscheid des damaligen Einwohnerratspräsidenten nicht an den Gemeinderat überwiesen. Wie im BastAI-Bulletin vom November 2021 angekündigt, lancierte in der Folge ein breit abgestütztes Komitee – bestehend aus den Parteien BastAI, EVP, Grüne und Grünliberalen sowie den NGOs Greenpeace, Oekostadt Basel, Pro Natura und WWF – die unformulierte Gemeindeinitiative «Sauberes Quellwasser für das grosse grüne Dorf». Diese fordert eine «risiko- und verursachergerechte Sanierung» der «mit Giftstoffen belasteten Deponien». Am 4. Februar 2023 konnte das Komitee seine Initiative mit 1160 Unterschriften einreichen (in Riehen werden für das Zustandekommen einer Initiative 1000 gültige Unterschriften benötigt).

Rückenwind bekam die Initiative durch verschiedene Medienberichte. Das für die Überwachung der Deponien in Basel-Stadt verantwortliche AUE «vergass» in belasteten Gebieten gewisse Ultragifte zu messen oder fand sie «überraschend» doch.

BENZIDIN - AUCH IM MAIENBÜHL?

Mit Ultragiften sind vor allem Benzidin und seine Abbauprodukte gemeint. Im Zusammenhang mit der Altlastenverordnung sind sie nach den Dioxinen die zweitgiftigste Stoffgruppe. Benzinfarbstoffe waren in den 1950er und 1960er Jahren gesuchte Produkte der Basler Chemie – sie hatten aber einen gravierenden Nebeneffekt: Die SUVA stufte Blasenkrebs bei den Arbeitern in diesem Bereich als Berufskrankheit ein. Und ausgerechnet Benzidin könnte – neben anderen, bisher noch nicht genügend erfassten Giftstoffen – von der Deponie Maienbühl aus auch die Quellen Riehens bedrohen. Denn der Bericht des Geotechnischen Instituts zu den Deponien Maienbühl und Mönnden vom 25. Juli 2006 hält fest, dass die Dravida AG im Auftrag der Vorgängerfirmen der Novartis AG mindestens zwischen 1960 und 1965 jeden Mittwoch Farbrückstän-

de ins Maienbühl lieferte. Messungen auf Benzidin in Riehen durch das AUE sind nicht bekannt. Wir wissen also nicht, ob die Riehener Quellen einen Blasenkrebsreger par excellence in die Brunnen transportieren. Nur wenn man sucht, findet man etwas. Dann wäre auch der Bund an Bord. Wenn nur die kleinste Spur von Benzidin im Wasser entdeckt wird, muss die Deponie zwingend saniert werden.

Trotz dieser Ausgangslage hatte der bürgerlich dominierte Gemeinderat Riehen kein Gehör für die Anliegen der Initiant:innen. An der Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2023 beantragte er in einem an formalen Fehlern und Halbwahrheiten reichen Papier, dass der Einwohnerrat nicht auf die Initiative eintreten soll. Mit einer Stimme Unterschied folgte ihm der Einwohnerrat, so dass jetzt erstmalig in Riehen am 3. März 2024 über eine unformulierte Initiative abgestimmt wird. Doch was bedeutet dies? Schlicht falsch ist die Feststellung des Gemeinderates in seinem Papier zur Initiative: «Mit Annahme der Initiative würde die Gemeinde ein nicht kalkulierbares Kostenrisiko eingehen». Denn bei einer unformulierten Initiative muss der Souverän lediglich darüber abstimmen, ob – ausgehend vom Initiativtext – eine Vorlage oder ein Gegenvorschlag ausgearbeitet wird, über den die Stimmentenden später entscheiden werden. In der Abstimmung vom 3. März sind die Kosten für die unnötige Abstimmung sehr gut kalkulierbar. Abgestimmt wird dann darüber, ob die politischen Gremien Riehens ihre Arbeit zum Wohle und zur Sicherheit der Riehener Bevölkerung machen oder eben nicht. Erst in einer zweiten Abstimmung wären allfällige Sanierungskosten ein Thema.

Es ist höchste Zeit, dass die Worte des Transporteurs der wahrscheinlich benzidinbelasteten Farbrückstände ihre Gültigkeit verlieren. Immer wenn er am Mittwoch im Maienbühl seine giftige Fracht entsorgte, sagte er zum Deponiewart: «Machs ch d'Auge zue».



Mike Gosteli, Einwohnerrat Riehen

ABSTIMMUNGSPAROLEN 3. MÄRZ 2024

KOMMUNALE VORLAGEN (RIEHEN)

JA zum Stimmrechtsalter 16

JA zur Sanierung Deponie Maienbühl

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

JA zur Volksinitiative vom 28. Mai 2021 «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»

NEIN zur Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

VOM SINN UND ZWECK DES BASLER GLEICHSTELLUNGSGESETZES

Der Grosse Rat Basel-Stadt hat der Erweiterung des kantonalen Gleichstellungsgesetzes auf LGBTI Personen klar zugestimmt. Als erster Deutschschweizer Kanton verankert Basel-Stadt damit die Gleichstellung von queeren Menschen explizit im Gesetz.

Viele Jahre hat es gedauert, bis das revidierte Gleichstellungsgesetz vom Grossen Rat mit einer grossen Mehrheit von 69 Ja-Stimmen angenommen wurde. Der Kanton hat nun die Möglichkeit, die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter wie gehabt zu fördern, gleichzeitig stehen zusätzliche Ressourcen für LGBTI Menschen zur Verfügung, zum Beispiel für Sensibilisierungsarbeit, Kampagnen oder Beratungsangebote. Beides ist dringend nötig: Denn noch immer sind Frauen nicht gleichgestellt, aber auch Lesben, Bisexuelle, Schwule, trans Menschen, nicht binäre Menschen und intergeschlechtliche Menschen sind es gegenüber dem Rest der Gesellschaft nicht.

Bei der Lesbenorganisation Schweiz (LOS) ist das eine Gleichzeitigkeit, die wir pflegen: Als queere Organisation fühlen wir uns dem dringenden und historischen Anliegen verpflichtet, die Interessen von Lesben, Bisexuellen und queeren Frauen und die der ganzen LGBTIQA+ Community zu ver-



treten. Als feministische Organisation sind wir Teil des ebenso wichtigen und alten Kampfes um die Gleichberechtigung der Frauen und einer inklusiven Gleichstellungspolitik, die nicht nur zwischen zwei Geschlechtern unterscheidet. Dass wir Feminismus und LGBTIQA+ Aktivismus gleichermaßen brauchen, zeigt sich an unserer ganz alltäglichen Existenz: Wir erleben Sexismus, weil wir Frauen sind, als solche gelesen werden oder ein normatives Frauenbild nicht erfüllen. Wir erleben Queerfeindlichkeit, weil dasselbe auf die Menschen zutrifft, von denen wir uns angezogen fühlen. Und wir erleben perfide Mischungen von beidem. Unsere Unterdrückung ist intersektional, und darum ist es

auch unser Einsatz: Queere Politik muss für uns feministisch sein, und feministische Politik queer.

Queere und feministische Anliegen zusammenzubringen, kann zur Gratwanderung werden, denn in der politischen Arbeit ringen wir nicht nur um Kompromisse, sondern auch um Ressourcen. Dass die Interessen derer, die sowieso schon um begrenzte Mittel bangen, darin gerne gegen andere ausgespielt werden, ist keine Neuigkeit. Hier müssen wir in Allianz treten, als LGBTIQA+ Community und als Feminist*innen. Denn: Es bestehen riesengrosse und entscheidende Unterschiede in der Skepsis einer Frauenrechtlerin, auf deren Lebenswerk

STIMMEN ZUM GLEICHSTELLUNGSGESETZ



Die Erweiterung und Stärkung des Gleichstellungsauftrags ist nicht nur wichtig für queere Menschen, sondern auch für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichstellung ist ein gemeinsamer Kampf aller, die heute ausgegrenzt, materiell benachteiligt, angegriffen oder sonstwie benachteiligt werden. Egal ob wir queer sind oder nicht, ob wir uns als Frauen identifizieren oder nicht: Nur in einer gleichberechtigten Gesellschaft sind wir frei, unser Leben so zu leben, wie wir es möchten.

Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

sich die gleichstellungspolitischen Diskussionen von heute abspielen, und den queerfeindlichen, wissenschaftlich haltlosen Kampagnen, die im Namen von Feminismus auch in Basel betrieben wurden. In der öffentlichen Debatte um das Gleichstellungsgesetz erhielten öfters mal Fronten das Wort, hinter denen keine Mehrheiten standen. Parallel zu diesen teils verhärteten Diskussionen wurde in zwei Kommissionen die gesetzliche Umsetzung zu Ende diskutiert. Die JSSK hielt in ihrem Bericht fest, es handle sich um einen "breit getragenen Kompromiss". Was also im öffentlichen Diskurs nicht immer gelang, gelang im politischen Prozess dank der hartnäckigen Überzeugungsarbeit und der Lernbereitschaft von Parlamentarier*innen (fast) aller Parteien. Nicht zuletzt darum konnte das erweiterte Gleichstellungsgesetz nun mit einer klaren Mehrheit und inklusive der geforderten Ressourcen im Grossen Rat verabschiedet werden.

Nun können wir hoffen, dass das so bleibt: Denn es ist nicht auszuschliessen, dass auch gegen diesen breit getragenen Kompromiss im rot-grünen Basel das Referendum eingereicht wird. Der Unterschied zu vorher: Die Gegner*innen wären in dem Fall weder Feminist*innen noch Queers, sondern jene, deren Gegenwartsanalyse eine ganz andere ist: Nämlich, dass Frauen doch bereits gleichgestellt seien und dass LGBTIQA+ Personen keine Diskriminierungen erfahren würden. Und dass Gesetze und Massnahmen, die dem entgegenwirken, am besten komplett abgeschafft gehören. Die echten Gegner*innen sind nicht die, die jetzt die Debatten geführt haben, sondern die, die vom rechten Rand her zugehört haben.



Alessandra Widmer ist Feministin und Co-Geschäftsleiterin der Lesbenorganisationschweiz (LOS)



Lesbenorganisation Schweiz
Organisation suisse des lesbiennes
Organizzazione svizzera delle lesbiche

STIMMEN ZUM GLEICHSTELLUNGSGESETZ

Bei mir löste die Diskussion über das neue Kantonale Gleichstellungsgesetz KGIG ein mulmiges Gefühl aus. Konkret sorgte ich mich vor allem um die geschützten Räume für Frauen, wie zum Beispiel das Frauenhaus, in dem von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder Schutz und Unterstützung finden.



Welche Auswirkungen hat das, wenn der bis jetzt geltende Geschlechterbegriff ausgeweitet wird? Ist es für die oft schwer traumatisierten Klientinnen des Frauenhauses zumutbar, wenn auch Personen aufgenommen werden (müssen), die nicht eindeutig als Frauen gelesen werden?

Diese Fragen müssen unbedingt auf breiter gesellschaftlicher Ebene diskutiert und geklärt werden, denn es ist unbestritten, dass alle Menschen, egal welche Geschlechtsidentität sie haben, ein Anrecht auf Schutz vor Gewalt haben. Mit dem neuen KGIG werden diese Fragen nicht gelöst, aber die Verwaltung erhält damit Handlungsspielraum, ja sogar den konkreten Auftrag, Lösungsvorschläge zu erarbeiten, die für alle stimmen. Das KGIG nimmt gesellschaftliche Entwicklungen auf und bildet eine gesetzliche Grundlage für staatliches Handeln für Gleichstellung und gegen Diskriminierung aller Menschen - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Heidi Mück, Grossrätin BastA!

DAS WOHL WICHTIGSTE WAHLJAHR FÜR BASTA!

Nach erfolgreichen Wahlen im letzten Jahr, stehen für BastA! mit den Grossrats-Wahlen am 20. Oktober 2024 die wohl wichtigsten Wahlen bevor. Doch Wahlen sind kein Selbstzweck. Als feministische, ökosozialistische Partei arbeiten wir an der radikalen Umverteilung von Zeit, Macht und Geld.

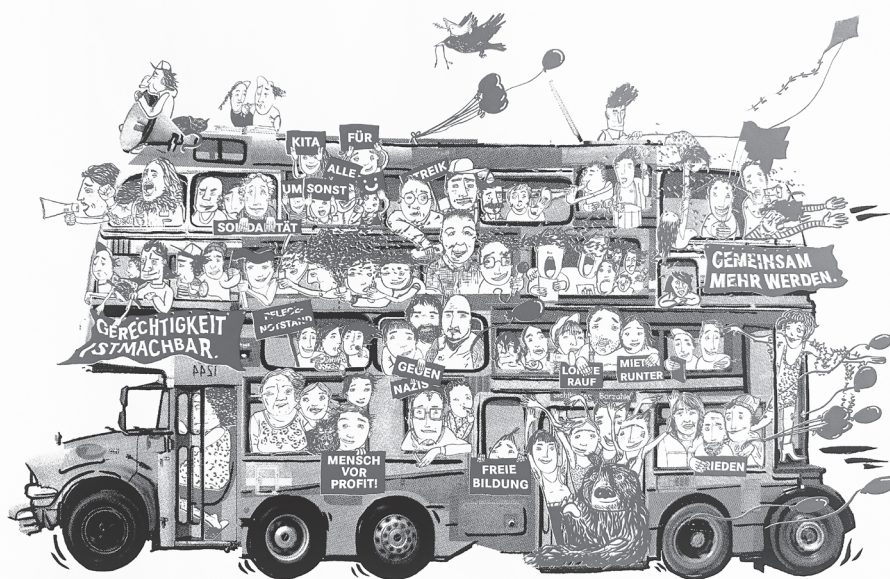
ERFOLGREICHE WAHLEN 2023

Basel wählt. Und das im Moment etwa jedes halbe Jahr. Deshalb müssen wir bei BastA! fokussieren. Die Nationalratswahlen waren für uns ein voller Erfolg. Und das dem unsäglichen Rechtsrutsch auf schweizweiter Ebene zum Trotz. Auf der gemeinsamen Hauptliste mit den Grünen konnten wir den Sitz von Sibel Arslan behaupten. Und das obwohl Basel-Stadt neu nur noch 4 statt wie bisher 5 Nationalratssitze zu vergeben hatte. Die BastA!-Unterliste war die stärkste aller Unterlisten und auch die neue Junge Alternative schloss als eine der besten jungen Listen ab. BastA! ist präsent und überzeugt.

Bei den Bürgergemeinderatswahlen sind wir im Juni 2023 zum ersten Mal allein angetreten. Mit einer erfolgreichen Kampagne konnten wir einen BastA!-Sitz dazugewinnen und haben mehr Wähler:innen für uns abgeholt, als die GLP. Zeit also, dass wir auch Anspruch auf einen Regierungsratssitz stellen? Wie gesagt, wir müssen fokussieren und analysieren, wo es für BastA!, aber auch für die ganze Linke in Basel etwas zu holen gibt. Deshalb wird BastA! bei den Ersatzwahlen am 3. März 2024 für den frei gewordenen Regierungsratssitz von Beat Jans nicht antreten. Einerseits gibt es bei dieser Ersatzwahlen für die Linke in Basel nichts zu holen, sondern höchstens einen Sitz an die rechtsbürgerliche Allianz von Mitte, FDP, LDP und SVP zu verlieren. Das gilt es zu verhindern. Andererseits sind für unsere Partei die Gesamterneuerungswahlen vom Grossen Rat und dem Regierungsrat am 20. Oktober 2024 von grösster Bedeutung.

DIE WICHTIGSTEN WAHLEN FÜR BASTA! STEHEN NOCH AN

Die wohl wichtigsten Wahlen für BastA! seit langem, sind die diesjährigen Grossratswahlen. Zum ersten Mal treten wir als Partei allein an und nicht mehr im Bündnis mit der GRÜNEN Partei Basel-Stadt. Das gibt uns die Möglichkeit, unsere Inhalte ohne Konzessionen in die Wahlkampagne einzubringen. Gleichzeitig sind diese



Fotografie von Siebdruck vom 6. Parteitag DIE LINKE 2018

Wahlen aber auch für die Zukunft der Partei entscheidend.

BastA! bewegt sich im Spannungsfeld zwischen parlamentarischer und bewegungsorientierter Politik. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftlicher Wandel überall dort angestossen wird, wo Menschen gemeinsam für ihre Anliegen einstecken. Deshalb engagieren wir uns in sozialen, queeren, antirassistischen, feministischen und ökologischen Bewegungen, in Parlamenten sowie in unseren Nachbarschaften.

Die Grossratsmandate ermöglichen uns, die Stimmen aus den Bewegungen in das Kantonsparlament zu tragen und dort linke Politik zu betreiben. Ganz ehrlich gesagt, finanzieren sie aber auch einen grossen Teil unserer Politik und die Unterstützung anderer politischer Projekte.

DU WILLST BASTA! IN DER BASLER POLITIK?

Dann sind wir speziell in diesem Jahr auf deine Unterstützung angewiesen! Ob auf unserer Grossratsliste, beim Unterschriftensammeln oder mit Fahne an einer Demo. Trage BastA! hinaus, rede mit deinem Umfeld über BastA! und engagiere dich bei uns.

WAHLEN SIND KEIN SELBSTZWECK

Zu Wahlen anzutreten ist kein Selbstzweck. BastA! bewegt sich nicht in die Mitte, um bürgerliche Stimmen abzugrasen. Auch glauben wir weiterhin an eine tiefe Wertekluft zwischen Links und Rechts. Wir wollen mit Inhalten überzeugen und gemeinsam eine linke Vision

für Basel erarbeiten. BastA! möchte der zunehmenden Repression gegenüber dem Demonstrationsrecht oder der migrantischen Bevölkerung entgegenstehen. Dafür sorgen, dass die Gesundheitsversorgung für alle bezahlbar ist, ohne dass die Arbeitsbedingungen der Pflegenden darunter leiden. Und wir kämpfen dafür, dass alle Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben und nicht aus unserer Stadt verdrängt werden.

Wir haben eine Vision und die ist aktueller denn je. Denn wir haben genug von einer Welt, die unter dem Diktat des Kapitalismus von einer Krise in die nächste schlittert, sowie von der profitgetriebenen Ausbeutung von Mensch und Natur. Als feministische, ökosozialistische Partei arbeiten wir an der radikalen Umverteilung von Zeit, Macht und Geld. Basel soll eine grüne und lebenswerte Stadt für alle werden. Wir machen uns stark für Klimagerechtigkeit, Steuergerechtigkeit und dafür, dass Grundrechte und Menschenrechte immer, überall und für alle gelten. (Verweis auf die ganze Vision)

Eine andere Welt ist möglich. Bewegen wir uns!



Nicola Goepfert & Sina Deiss, Co-Präsidium BastA!